

Berliner Notizen

Ausgabe 15/2011 30. September 2011

Newsletter von Dr. Marlies Volkmer, MdB



Inhalt

1. Euro-Rettungsschirm: In der kritischen Finanzlage brauchen wir ein entschlossenes Handeln 2
2. Anti-D-Hilfegesetz: Lange Verfahrensdauer und schwierige Beweisführung für betroffene Frauen..... 2
3. Finanzausgleich zwischen den Krankenkassen: Gutachten zeigt Nachbesserungsbedarf auf..... 3
4. Aktuelle Stunde: Abkommen mit der Schweiz verschleiert Steuerhinterziehungen 4
5. Organspende-Reform: Gruppenantrag aus der Mitte des Parlaments ist der bessere Weg..... 5
6. Das von Schwarz-Gelb angekündigte „Jahr der Pflege“ bleibt eine leer Hülle 5
7. Zu Besuch in Berlin 6
8. Termine 7

Impressum

Verantwortlich: Dr. Marlies Volkmer, MdB
Redaktion: Janna Völker
Platz der Republik 1 - 11011 Berlin
Tel. 030.227.71166 - Fax. 030.227.76222
Email: marlies.volkmer@bundestag.de
Web: www.marlies-volkmer.de



1. Euro-Rettungsschirm: In der kritischen Finanzlage brauchen wir ein entschlossenes Handeln

Mit 523 Ja-Stimmen bei 85 Nein-Stimmen und drei Enthaltungen hat der Bundestag am 29. September der Erhöhung des deutschen Bürgschaftsrahmens im Euro-Rettungsfonds EFSF von 123 auf 211 Milliarden Euro zugestimmt.



Auch ich habe für die Erweiterung des Euro-Rettungsschirms votiert, weil wir in der momentanen kritischen Finanzlage einiger EU-Mitgliedsstaaten ein entschlossenes Handeln brauchen. Ohne eine Erweiterung des Rettungsschirms droht ein Dominoeffekt. Weitere Staaten könnten zahlungsunfähig werden, was unabsehbare politische Folgen hätte.

Das Beispiel Griechenland zeigt aber auch, dass ein Rettungsschirm allein nicht ausreicht. Länder, die in eine solche finanzielle Schieflage geraten, sind auf einen teilweisen Schuldenschnitt angewiesen, um die unmöglich zu tragende Zinslast zu verringern. Auch die Gläubiger werden auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten müssen.

Die Staaten müssen sich, so wie es jetzt Spanien getan hat, per Verfassung zu einer Schuldenbremse verpflichten. Und wir brauchen eine Finanztransaktionssteuer, um die Finanzmärkte an den Kosten der Krise beteiligen zu können. Selbst wenn Großbritannien sich dagegen stellt, wäre es ein starkes Signal, wenn Frankreich und Deutschland mit der Finanztransaktionssteuer anfangen.

Zu all diesen notwendigen Instrumenten konnte sich die Bundesregierung nicht durchringen. Trotzdem habe ich mit der SPD-Fraktion für die Erweiterung des Rettungsschirms gestimmt. Denn hier geht es um etwas Größeres als Merkel und ihre Regierung. Hier geht es um Europa und damit auch um uns.

[⇒ Das Protokoll der Sitzung mit den namentlichen Abstimmungsergebnissen](#)

2. Anti-D-Hilfegesetz: Lange Verfahrensdauer und schwierige Beweisführung für betroffene Frauen

In einer Expertenanhörung hat sich der Gesundheitsausschuss des Bundestages am 29. September über den Änderungsbedarf beim Anti-D-Hilfegesetz (AntiDHG) informiert. In den 1970er Jahren wurden in der DDR Frauen mit Hepatitis-C-Virus verseuchten Anti-D-Immunglobulinen behandelt. Dadurch erlitten fast 3.000 Frauen eine chronische Hepati-

tis-C-Virus-Infektion mit diversen Folgeerkrankungen. Die vorgeschriebene Behandlung diente nach Geburten bei Rhesusfaktor-Unverträglichkeit der Verhinderung von Schädigungen bei nachgeborenen (späteren) Kindern. Nach dem im Jahr 2000 in Kraft getretenen Anti-D-Hilfegesetz haben die mit dem verseuchten Serum behandelten Frauen ab einem bestimmten Ausmaß der Schädigung Anspruch auf finanzielle Hilfen.

Das Gesetz ist von der Sache her gut, doch in vielen Fällen erzielt es nicht den erwünschten Erfolg. Das Hepatitis-C-Virus führt nicht nur zu akuten Leberschäden, sondern auch zu schwerwiegenden Folgeerkrankungen wie Hirnschäden. Doch für die Frauen ist es in diesem Fall oft unmöglich nachzuweisen, dass ihre Erkrankung auf das verseuchte Serum zurückzuführen ist.

In einem – möglichst interfraktionellen – Antrag wollen wir dieses Problem angehen. Wichtig ist es zunächst, die neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse in Einklang mit den versorgungsmedizinischen Grundsätzen zu bringen, welche maßgeblich für die Bewertung von Schädigungsfolgen sind. Außerdem muss eine langwierige Verfahrensdauer, wie sie derzeit die Regel ist, ausgeschlossen werden.

Anlass zu der Anhörung gab ein Antrag der Linken. Sie schlagen vor, die Beweislast umzukehren. Dann müssten die Behörden nachweisen, dass es keinen Ursachenzusammenhang zwischen dem verseuchten Serum und der Erkrankung gibt, bevor sie finanzielle Hilfen ablehnen. In der Anhörung wurde allerdings deutlich, dass dieser Weg auf Grund sozialrechtlicher Bestimmungen nicht möglich ist.

3. Finanzausgleich zwischen den Krankenkassen: Gutachten zeigt Nachbesserungsbedarf auf

Das Insolvenzrisiko vieler Krankenkassen ist erheblich gestiegen. Und weiterhin bestehen für die Kassen Anreize, ältere und kranke Versicherte abzulehnen. Das fördert ein wissenschaftliches Gutachten zutage, welches Anfang dieser Woche endlich veröffentlicht wurde, nachdem das Bundesgesundheitsministerium es monatelang unter Verschluss gehalten hatte.



Das Gutachten veranlasste mich zu einer dringlichen Anfrage an das Bundesgesundheitsministerium. Ich wollte wissen, welche Maßnahmen die Bundesregierung ergreift, um drohenden Insolvenzen von Krankenkassen zu begegnen. Ein zu langes Abwarten, wie jüngst bei der spektakulären Pleite der City BKK, darf sich meines Erachtens nicht wiederholen. Doch die einzige Antwort, welche die parlamentarische Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium, Annette Widmann-Mauz, auf meine Fragen parat hatte, lautete: „Wir sehen keinen akuten Handlungsbedarf“.

Ebenso beharrlich stritt die Staatssekretärin ab, dass es Veränderungsbedarf hinsichtlich des Finanzausgleichs zwischen den Krankenkassen gibt. Dabei kommt der wissenschaft-

liche Beirat in seinem Gutachten zu der von uns geteilten Auffassung, dass Krankenkassen für gesunde Versicherte zu hohe Zuweisungen erhalten, während Geld für die Behandlung von krebserkrankten und multimorbiden Patienten - also von Patienten mit vielen Krankheiten - fehlt.

Die SPD fordert seit langem, den Risikostrukturausgleich weiterzuentwickeln, um ihn zielgenauer auszurichten. Denn noch immer werden Krankenkassen dafür bestraft, wenn sie ältere oder kranke Leute aufnehmen. Um dies zu ändern, müsste das Spektrum an Krankheiten, für welche die Kassen höhere Zuweisungen erhalten, erweitert werden. Die Koalition würde dagegen den aktuellen Katalog mit 80 Krankheitsbildern am liebsten auf 50 oder weniger Krankheiten beschränken.

Meine Anfragen zum Nachlesen im ⇒ [Protokoll \(PDF\)](#)

Die Sitzung zum Nachverfolgen im Parlamentsfernsehen

⇒ [TOP 2 BMG Frage 01](#)

⇒ [TOP 2 BMG Frage 02 Nachfrage](#)

⇒ [TOP 2 BMG Frage 03](#)

Das Gutachten zum ⇒ [Download \(PDF\)](#)

4. Aktuelle Stunde: Abkommen mit der Schweiz verschleiert Steuerhinterziehungen

Über das vor kurzem unterzeichnete Steuerabkommen mit der Schweiz hat der Bundestag am 29. September in einer von der SPD beantragten Aktuellen Stunde debattiert. Das Abkommen soll 2013 in Kraft treten und sieht vor, unbesteuerbare Guthaben von Deutschen bei Schweizer Banken pauschal und anonym zu besteuern. Für die Schweizer Banken ist das ein Grund zum Jubilieren, weil die Vertraulichkeit gegenüber allen Steuerflüchtigen erhalten bleibt. Niemand fühlt sich erwischt. Und durch die anonyme Abgeltungssteuer auf Erträge aus Vermögen wird jede weitere Zahlungspflicht abgegolten. Steuerhinterziehung bleibt so weiterhin möglich und ist nur eine Ordnungswidrigkeit.

Dies und der Punkt, dass dem Abkommen nach keine Steuer-CDs mehr verwendet werden dürften, veranlasst uns, das Abkommen im Bundestag und im Bundesrat abzulehnen.

5. Organspende-Reform: Gruppenantrag aus der Mitte des Parlaments ist der bessere Weg

Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) hat einen Änderungsantrag zur Organspende-Reform vorgelegt. Dabei übernimmt er eins zu eins unseren in einer interfraktionellen Arbeitsgruppe formulierten Erstentwurf. Künftig soll jeder Versicherte direkt von seiner Krankenkasse gefragt werden, ob er Organspender werden will oder nicht.

Doch auch wenn Bahr nun versucht, auf den fahrenden Zug aufzuspringen, werden wir in der Arbeitsgruppe unsere Beratungen fortsetzen. Ziel ist es, noch im Oktober einen gemeinsamen Gesetzentwurf vorzulegen.

6. Das von Schwarz-Gelb angekündigte „Jahr der Pflege“ bleibt eine leer Hülle



Auf einer Fachkonferenz der SPD-Bundestagsfraktion zur Reform der Pflegeversicherung haben wir am 29. September unser „Orientierungspapier Pflege“ mit Fachleuten diskutiert. Wir wollen mit diesem Gesamtkonzept für Pflegebedürftige die Unterstützung und Sicherung der Teilhabe ausweiten, die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf ermöglichen und die Pflegeinfrastruktur ausbauen.

Von Seiten der Bundesregierung wird diesbezüglich in diesem Jahr nichts mehr kommen, wie Bundesgesundheitsminister Bahr in einer Ausschusssitzung diese Woche durchklingen ließ. Das von Schwarz-Gelb angekündigte „Jahr der Pflege“ bleibt eine leere Hülle.

7. Zu Besuch in Berlin



50 Interessenten an einer Politischen Informationsfahrt nach Berlin waren meiner Einladung gefolgt und erlebten vom 12. bis 13. September das politische Berlin vor Ort.

Großen Zuspruch und viel Anerkennung gab es insbesondere für das Informationsgespräch und die Führung in der Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstraße, der ehemaligen Stasi-Zentrale.

Sehr beeindruckend fanden die Gäste die Führung durch das Dokumentationszentrum Topographie des Terrors. Hier befanden sich während der Zeit der Nazidiktatur die Zentren der Geheimen Staatspolizei, der SS und des Reichssicherheitshauptamtes.

Einblicke in die Arbeit des Parlamentes und Informationen zum Reichstagsgebäude und dessen Geschichte und Architektur erhielten die Gäste am zweiten Besuchstag. Ein strahlend blauer Himmel ermöglichte Postkartenfotos auf der Dachterrasse des Deutschen Bundestages und fast alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer nutzten die Möglichkeit, den Abgeordneten "auf's Dach" zu steigen - die Glaskuppel zu besichtigen. Eine Stadtrundfahrt durch Berlin zeigte neben den wichtigsten politischen Gebäuden, Institutionen und Denkmälern, dass nicht nur Dresden über zahlreiche Baustellen verfügt.

8. Termine

Freitag, 07. Oktober 2011, 13.30 bis 17.00 Uhr

Chemnitzer Seniorenkonferenz 2011

Dr. Marlies Volkmer hält einen Vortrag zur "Gesundheitsreform 2011" bei der Chemnitzer Seniorenkonferenz 2011.

Ort: Seniorenpolitisches Netzwerk Chemnitz, Kraftwerk e. V., Kaßbergstr. 36, 09112 Chemnitz

Montag, 10. Oktober 2011, 18.00 Uhr

Fraktion vor Ort "Energiewende umsetzen"

Dr. Marlies Volkmer und Dr. Matthias Miersch, umweltpol. Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, laden ein zu der Veranstaltung „Fraktion vor Ort - Energiewende umsetzen“.

Ort: City- Center Hauptbahnhof, Friedrich- List- Platz 2, 01069 Dresden

Dienstag, 11. Oktober 2011, 18.00 Uhr

Gesunde Schulspeisung – Politische Aufgabe oder Privatangelegenheit?

Dr. Marlies Volkmer nimmt an der Podiumsdiskussion der FES Leipzig und dem Leipziger Netzwerk "Ess-Klasse" zum Thema Schulspeisung teil.

Ort: Geschäftsstelle der Friedrich- Ebert- Stiftung Leipzig, Burgstr. 25, 04109 Leipzig

Mittwoch, 12. Oktober 2011, 19.00 Uhr

SPD-Ortsverein Radebeul

Dr. Marlies Volkmer besucht den SPD-Ortsverein Radebeul. Im Mittelpunkt des Abends wird die aktuelle Gesundheitspolitik stehen. Interessierte sind herzlich zur Diskussion „Medizin und Pflege in einer alternden Gesellschaft“ eingeladen.

Ort: Gasthaus „Schwarze Seele“ in Altkötschenbroda

Donnerstag, 13. Oktober 2011, 18.00 Uhr

Zukunft Pflege

Dr. Marlies Volkmer und SPD-Politiker Andreas Weigel sprechen auf der Veranstaltung "Zukunft Pflege" der Friedrich-Ebert-Stiftung

Ort: Zwickau